

Oberwalliser Umwält News

Umwelt

Nr. 21 – Juni 2023

Oberwalliser Umwält News
Ebnetstrasse 21, 3982 Bitsch
kampagne-vs@bluewin.ch



pro natura



Abstimmung am
18. Juni 2023

Schützen, was uns wichtig ist. Ja zum Klimaschutzgesetz am 18. Juni!

Die Klimakrise betrifft uns alle. Das Oberwallis ist als Alpengebiet aber besonders betroffen. Unsere Lebensgrundlage ist bedroht. Das Klimaschutz-Gesetz, über das die Schweiz am 18. Juni abstimmt, setzt klare Ziele. Es schützt, was uns wichtig ist. Denn nichts tun, verschlimmert die Klimaschäden. Das Klimaschutz-Gesetz ist der Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative und setzt auf die Förderung von Innovationen sowie den Ersatz von Heizungen und Gebäudesanierungen. Davon profitiert auch das Gewerbe. Die Abhängigkeit von fossilen Energien wird enden. Folgendes will das Gesetz:

1. Klimaschutz: Netto-Null-Ziel bis 2050 und Zwischenziele

Die Treibhausgas-Emissionen der Schweiz sollen spätestens 2050 netto null erreichen. Nach 2050 sollen der Atmosphäre sogar mehr Treibhausgase entzogen werden, als die Schweiz emittiert. Zwischenziele sind in Form von Durchschnittswerten über mehrere Jahre festgelegt. Um die verbleibenden Emissionen mit Negativemissionen ausgleichen zu können, braucht es Kohlenstoffspeicher. Bund und Kantone sorgen dafür, dass solche Speicher im In- und Ausland bereitstehen.

2. Innovation: Förderung neuartiger Technologien und Prozesse

Unternehmen oder Branchen, die bis 2029 Fahrpläne zur Erreichung des Netto-Null-Ziels ausarbeiten, werden vom Bund fachlich unterstützt und können vom Programm zur Förderung neuartiger Technologien und Prozesse profitieren. Dafür stehen während sechs Jahren je 200 Millionen Franken pro Jahr bereit. Zudem sichert der Bund Investitionsrisiken für Infrastrukturen ab. Diese Absicherung zielt vor allem auf den Aufbau einer Infrastruktur für den CO₂-Transport von sowie auf Wärmenetze.

3. Energiesicherheit: Impulsprogramm für Heizungsersatz und Energieeffizienz

Während zehn Jahren fördert der Bund mit je 200 Millionen Franken den Ersatz fossiler Heizungen sowie elektrischer Widerstandsheizungen durch erneuerbare Heizsysteme. Die Fördergelder werden auch für die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden eingesetzt.

4. Weitere Elemente

Bund und Kantone sorgen für die nötigen Massnahmen zum Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels. Der Bund kann mit den Finanzbranchen Vereinbarungen für einen klimaverträglichen Finanzplatz abschliessen. Die Bundesverwaltung senkt ihre eigenen Treibhausgas-Emissionen schon bis 2040 auf netto null. Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament periodisch neue Anträge zur Erreichung der Emissionsziele. ■

<https://klimaschutzgesetz-ja.ch>



Für eine kleine Spende an diese «Umwält News» mittels beiliegendem Einzahlungsschein danken wir ganz herzlich!

«Wir pflegen unsere Schutzwälder, damit sie jung und fit bleiben!»

90 Prozent der Walliser Wälder schützen Gebäude und Infrastrukturen vor Naturgefahren wie Lawinen, Steinschläge und Hangrutsche. Jean-Christophe Clivaz, Chef der Dienststelle für Wald, Natur und Landschaft, erklärt, welchen Einfluss der Klimawandel auf unsere Schutzwälder haben wird.



Christophe Clivaz, welche Funktionen erfüllen unsere Schutzwälder?

Die Schutzwälder sind für den Kanton Wallis wie ein Sicherheitsgurt. Sie schützen uns vor verschiedenen Naturgefahren. Die Bäume strukturieren die Schneedecke, sodass keine grösseren Lawinen losgehen können, sie halten Steine zurück oder haben einen Einfluss auf die Oberflächengewässer. Zudem stärken die Wurzeln den Boden.

Sind alle Schutzwälder gleich wichtig?

Mit einem Schutzwaldanteil von 90 Prozent müssen wir priorisieren und definieren, welche Wälder wichtiger sind als andere. Dies wird aufgrund des Schadenpotenzials gemacht. Der Schutz der Siedlungen und der wichtigen Verkehrswegen wie Autobahn, Kantonsstrassen und Zuglinien hat erste Priorität. Touristische Anlagen, Gemeindestrassen und Landwirtschaftsgebäude hingegen haben eine tiefere Dringlichkeit.

Werden Schutzwälder anders bewirtschaftet als «normale» Wälder?

Wichtig ist, dass die prioritären Schutzwälder jung und fit bleiben. Dazu müssen die Wälder regelmässig gepflegt werden. Seit 2008 wurden im Wallis 24'000 Hektaren Schutzwald behandelt. Das entspricht etwa

einem Viertel der Schutzwälder. Bei der Verjüngung arbeiten wir nicht mit Pflanzungen, sondern wenn möglich mit Naturverjüngung. Dies geschieht am einfachsten durch kleinere, mosaikartige Öffnungen im Wald, wo wir versuchen, die Natur so gut wie möglich nachzubilden. Wenn wir einen Baum fällen, lassen wir seinen Stock einen Meter hoch stehen, damit er noch eine Wirkung gegen Naturgefahren hat. Liegende Bäume werden quer auf den Waldboden gelegt als Schutz gegen Lawinen und Steinschläge.

Die Sommer sind vermehrt warm und trocken. Welchen Einfluss hat der Klimawandel auf die Schutzwälder?

Die Konsequenzen für die Wälder sind gewaltig, jedoch nicht neu. Seit den 90er-Jahren haben wir im Wallis grosse Probleme mit dem Föhrensterben. Studien der eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) haben gezeigt, dass die Föhren aufgrund klimatischer Veränderungen (Trockenheit und Hitze) ein Problem haben. Inzwischen leiden aber auch andere Baumarten, vor allem in tieferen Lagen. Aber auch Bäume in höheren Lagen wie die Fichte bekommen Probleme und leiden unter Trocken- oder Wärmestress. Bäume bilden im Sommer ihre Reserven für das nächste

Jahr. Wenn es zu trocken ist, können sie keine Reserven aufbauen und «verhungern».

Auch haben wir im Wallis viele alte Bestände, die nicht mehr gleich fit sind wie die jungen. Wenn einzelne Bäume sterben, ist das kein Problem, wenn aber ganz Bestände absterben, schon. Damit die Schutzfunktion erhalten werden kann, muss der Wald entweder künstlich mit Netzen und Verbauungen gestärkt oder durch junge Bäume verjüngt werden. Wir bevorzugen die natürliche und kontinuierliche Verjüngung und versuchen, die Waldstruktur so gut wie möglich an die neuen Bedingungen anzupassen.

Welche Herausforderungen stellen sich für Schutzwälder im Zusammenhang mit dem Klimawandel?

Die grösste Herausforderung ist die Tatsache, dass die Baumarten 500 bis 700 Meter nach oben wandern werden. Mit dem Ansteigen der Höhenstufen verschiebt sich auch die Waldgrenze. Dies sind Prozesse, die schon vor 20 Jahren begonnen haben. Zum Beispiel gibt es die reinen Föhrenwälder rund um Visp nicht mehr. Sie wurden von Laubmischwäldern ersetzt. Diese Veränderungen bedeuten eine grosse Herausforderung für die Verjüngung der Wälder.



Bäume halten Steine auf. In einem Wald oberhalb von St. Gingolph.

Der Wildverbiss stellt ein weiteres Problem dar. Insbesondere junge Laubbäume sind sehr anfällig für den Verbiss durch Schalenwild. Dadurch wird eine natürliche Zusammensetzung unserer Wälder verhindert. Unser Ziel ist es aber, möglichst viele Wälder mit möglichst angepassten Pflanzen zu haben. In tieferen Lagen sind das Eichen, Linde und Ahorn, in höheren Lagen Nadelbäume.

Weitere Gefahren für den Schutzwald sind Ereignisse wie Hitzewellen, Trockenheiten oder Stürme, die mit der Klimaerwärmung häufiger und kräftiger werden. Dadurch geschwächte Waldbestände werden häufiger von Insekten wie dem Borkenkäfer befallen oder auch durch Neophyten gestört. Diese fühlen sich in den Schutzwäldern je länger je wohler. Leider sind sie aber nicht sehr geeignet gegen Lawinen und Steinschläge. ➤

Der Steineji-See bei Raron ist im Sommer ein wichtiger Temperaturregulator

Eine Stockente gleitet über den See, der ruhig in der Abendsonne liegt. Die Bergflanken auf beiden Seiten spiegeln sich im Wasser. Es ist idyllisch an diesem Frühlingsabend am Steineji-See bei Raron. Aber die Idylle trügt. Seit einigen Jahren wird emsig geplant für eine Autobahnraststätte mit mehr als 250 Stellplätzen für Privatfahrzeuge, Cars und Lastwagen sowie für einen Stauraum mit 50 LKW-Plätzen. Dagegen wehren sich Pro Natura Wallis und der VCS Wallis. Auch eine Petition mit 2200 Unterschriften wurde 14. Oktober 2021 Staatsrat Franz Ruppen übergeben.

Geplant ist eine Autobahnraststätte mit über 250 Stellplätzen für Privatfahrzeuge, Cars und Lastwagen sowie für einen Stauraum mit 50 LKW-Plätzen. Für die enorme Fläche, die es dafür braucht, soll mehr als die Hälfte des heute 14'800m² grossen Steineji-Sees zugeschüttet werden. Als Ersatz wäre im Westen des heutigen Sees eine Flachwasserzone geplant. An sich eine begrüßenswerte Idee, ob jedoch die bedeutend schmalere Seefläche noch zum Baden und Verweilen wie heute einlädt, muss hinterfragt werden. Ganz zu schweigen vom Verlust von Tausenden von Quadratmetern Boden und von den negativen Auswirkungen der versiegelten Fläche auf das Klima.

Klimakrise lässt Temperaturen in der Rhoneebene weiter steigen

In den vergangenen Jahren waren im Talgrund des Rhonetals Temperaturen von über 35 Grad im Sommer keine Seltenheit. Die Klimakrise wird die Temperaturen im Rhonetal weiter steigen lassen. Seit Langem ist bekannt, dass Bäume, Wiesen und vor allem Wasser abkühlende Elemente sind. Je mehr dieser natürlichen Flächen vorhanden sind, desto weniger kann sich der Boden im Sommer aufheizen und zusätzliche Wärme abgeben. Genau das aber wird am Steineji-See eintreffen, wenn das geplante Projekt zustande kommt. Der grösste Teil der ge-



Der Steineji-See soll zur Hälfte zugeschüttet werden und einer Betonwüste weichen.

planten versiegelten Flächen, insbesondere der Stauraum, wird im Sommer frei liegen, sich auf gut 60 bis 70 Grad erhitzen und diese Hitze an die Umgebung abstrahlen.

Auf die Idee von 2009 zurückkommen

Die Lösung ist einfach: weniger versiegelte Flächen = weniger Hitze im Sommer. Im Fall des Steineji-Sees wäre es aus Sicht der Lebensqualität die beste Lösung, die bestehende Seefläche als Badesee zu erhalten

und zusätzlich grosse Flächen an Feuchtgebieten und Biotopen anzulegen. Es wäre eine echte Win-Win-Situation für die Menschen, die in den Sommermonaten Abkühlung und Naturerlebnisse suchen, den Boden, Flora und Fauna sowie für das Klima. Warum nicht auf die Idee der Gemeinde Raron von 2009 zurückkommen, die damals im Gebiet eine ganze Seenlandschaft für Natur und Erholung geplant hatte? ■

Sonja Oesch

Welche Massnahmen sind nötig, um die Wirksamkeit unserer Schutzwälder zu erhalten? Brauchen wir widerstandsfähigere Baumarten?

Die WSL führt langjährige Untersuchungen mit Testpflanzen durch. Es ist aber auch möglich, mit offenen Augen in den Wald zu gehen, um die Entwicklung zu sehen und über zukünftige, klimaangepasste Bäume zu diskutieren. Im Wallis arbeiten wir wie gesagt fast ausschliesslich mit natürlicher Verjüngung, das heisst mit einheimischen Baumarten. Die Studien der WSL gehen auch in Richtung exotischer Arten. Neue

Baumarten im Wallis grossflächig einzuführen, ist jedoch nicht realistisch, da sie ohne Bewässerung und aufgrund des Wildverbisses kaum konkurrenzfähig sind.

Welche Rolle spielen die Gemeinden und die staatlichen Institutionen bei der Pflege der Schutzwälder?

Die Gemeinden sind verantwortlich für die Sicherheit der Bevölkerung und den Schutz der Infrastruktur auf ihrem Gebiet. Speziell im Kanton Wallis ist, dass die alten Bürgerchaften Eigentümer der Wälder sind. Sie haben sich zu Forstrevieren zusammenge-

schlossen, die für die Waldbewirtschaftung verantwortlich sind. Der Kanton ist für die Schutzfunktion der Wälder zuständig. Er hat den Lead, erarbeitet Schutzpläne, gibt Ziele vor und kontrolliert die Arbeiten. ■

Das Interview führte Angela Escher

Impressum: Informationsblatt der Oberwalliser Umweltorganisationen: Oberwalliser Gruppe Umwelt und Verkehr (OGUV), Pro Natura Oberwallis, VCS Wallis und WWF Oberwallis. Layout: Brigitte Wolf, Bitsch. Druck: Valmedia AG, Visp. Auflage: 1700 Exemplare.

Das kantonale Klimagesetz ist auf gutem Weg

Der Kanton Wallis könnte der erste Kanton der Schweiz sein, der ein Klimagesetz verabschiedet. Am 10. Mai hat der Walliser Grosse Rat das neue Gesetz aus der Feder von Staatsrat Roberto Schmidt in erster Leistung mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen. Im Herbst kommt es zur zweiten Lesung.

«Der Kanton Wallis gibt pro Jahr rund 250 Millionen Franken für die Folgen des Klimawandels aus», liess sich Staatsrat Roberto Schmid kürzlich zitieren, «für Frostschäden in der Landwirtschaft, für Strassenschäden durch Murgänge oder für Hochwasserschäden.» Mit einem kantonalen Gesetz will der Staatsrat die Grundlagen schaffen, um einerseits Klimaschutzmassnahmen ergreifen zu können und andererseits auf die Folgen des Klimawandels reagieren zu können. Sobald das Klimagesetz verabschiedet ist, kann der kantonale Klimaplan umgesetzt werden.

Nachdem der Entwurf in der öffentlichen Vernehmlassung im Jahr 2022 mehrheitlich auf Zustimmung stiess, hat der Grosse Rat in der Mai-Session über das neue Klimagesetz debattiert. 198 Anträge mussten behandelt werden. Schliesslich hat das Parlament dem Gesetz mit 88 zu 31 Stimmen zugestimmt. Die Nein-Stimmen stammten von der SVP (Ober- und Unterwallis) und von der Mitte Oberwallis. Die anderen Parteien haben Ja gesagt.

Massnahmen für die Zukunft

Beim Klimaschutz ist die grosse Schwierigkeit, dass es um die Zukunft geht. Auch wenn die Folgen der Klimaerwärmung immer deutlicher werden, müssen wir Massnahmen beschliessen, die nicht unmittelbar unseren Interessen entsprechen, sondern erst in Zukunft wirksam werden und bezüglich ihrer «Richtigkeit» beurteilt werden können. Umgekehrt gilt: Wenn wir jetzt keine Massnahmen

ergreifen, werden unsere Nachkommen dies unliebsam zu spüren bekommen.

Das kantonale Klimagesetz, wie es nun aufgelegt ist, kann sich sehen lassen. Es handelt sich um ein Rahmengesetz, das den Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird. Der Kanton gibt sich selbst, den Gemeinden und Dritten die Grundlagen und Mittel, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, die Menschen gegen die Folgen der Klimaerwärmung zu schützen und die Lebensqualität der Walliser Bevölkerung zu erhalten. Das Gesetz kann das Schmelzen der Gletscher zwar nicht stoppen, aber es kann im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel einen Beitrag leisten. Dabei geht es nicht nur um den Klimaschutz, sondern auch um die nötigen Anpassungen an den Klimawandel. Profitieren werden auch die Landwirtschaft, die Unternehmen und viele Betroffene.

Netto null bis 2040

Das Klimagesetz sieht vor, dass das Wallis bis 2040 die direkten Treibhausgasemissionen auf netto null reduziert. Die kantonale Verwaltung soll dieses Ziel bereits bis 2035 erreichen. Die indirekten Treibhausgasemissionen, die wir in anderen Kantonen oder im Ausland produzieren, sollen deutlich verringert werden. Das Ziel ist ambitioniert, aber wichtig angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise. Wir können es uns nicht länger leisten, zuzuwarten. Um die Ziele zu erreichen, wird der Staatsrat den kantonalen Klimaplan

Die Eckpunkte des kantonalen Klimagesetzes

- Das Rahmengesetz soll einen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten.
- Es soll die Ursachen und negativen Auswirkungen des Klimawandels bekämpfen und Mensch, Biodiversität sowie Güter von erheblichem Wert schützen.
- Der Kanton verpflichtet sich, seine direkten Treibhausgasemissionen bis 2030 um 60 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren und bis 2040 das Ziel der Netto-Null-Emissionen zu erreichen.
- Die kantonale Verwaltung verpflichtet sich, das Ziel der direkten Netto-Null-Emissionen bis 2035 zu erreichen.
- Der Kanton reduziert seine indirekten Emissionen deutlich.
- Der Staatsrat definiert seine Klimastrategie in einem kantonalen Klimaplan.
- Die detaillierten Massnahmen zur Umsetzung des Klimaplans bilden Gegenstand des Aktionsprogramms Klima.
- Ein wissenschaftliche Klimarat berät den Staat in Klimafragen.
- Der Kanton bildet eine Klimareserve, um Projekte und Massnahmen zu finanzieren.
- Die anfängliche Dotierung der Reserve beträgt 150 Millionen Franken.

weiterentwickeln. Dieser muss vom Grossen Rat «genehmigt» werden. Die linken Parteien wollten diese Kompetenz dem Staatsrat überlassen und den Klimaplan dem Parlament alle vier Jahre «zur Kenntnis vorlegen».

150 Millionen für den Klimaschutz

Erfreulicherweise hat der Grosse Rat die Einrichtung eines Klimafonds beschlossen. Zum Start soll dieser Fonds mit 150 Millionen Franken alimentiert werden. Spätere Dotierungen können vom Grossen Rat genehmigt werden. Neben den Zielen ist der Klimafonds vielleicht der wichtigste Punkt im neuen Gesetz. Denn dieses macht nur Sinn, wenn zur Umsetzung die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Noch viel teurer zu stehen käme uns das Nichtstun. Schon heute ist klar, dass Spätfröste, Murgänge, Trockenheit, Hitzeperioden und Schneemangel immer häufiger werden und uns in Zukunft finanziell stark belasten werden. ■

Brigitte Wolf



© Aurélie Nicolet

Aktivist:innen, die sich für die Gletscher-Initiative einsetzen, wandern auf dem Lämmerboden Richtung Wildstrubel und machen so auf den Klimawandel und dessen Folgen aufmerksam.